

Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 150

Sonntagnachmittag, den 17. Dezember

1921

Inhalts-Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln vom 24. November 1921 (Reichsgesetzbl. S. 1370, S. 657).

Bekanntmachungen des Senats.

Ausführungsbestimmungen

zu der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln vom 24. November 1921 (Reichsgesetzbl. S. 1370).

Auf Grund § 11, Schlussklaus., der Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln vom 24. Juni 1916 in der Fassung der Verordnung vom 24. November 1921 (Reichsgesetzbl. S. 1370) und Art 2 der letzteren Verordnung wird folgendes bestimmt:

§ 1

Die Verwaltungsbehörde im Sinne des § 11 Abs. 1 der Verordnung vom 24. November 1921 ist im Stadtgebiet die Kommission für Handelserlaubnis bei der Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe, im Gebiet der Landherrenschaften, einschließlich des Amtes Hitzacker, die den Landherrenschaften angegliederte Kommission für Handelserlaubnis.

§ 2

Gegen Beschlüsse, durch die die Erlaubnis zum Ankauf von Kartoffeln verweigert oder zurückgezogen wird, kann innerhalb 14 Tagen nach Zustellung des Beschlusses Rechtsrede eingeleget werden. Die Rechtsrede ist bei der Behörde einzulegen, deren Entscheidung angefochten wird. Über die Rechtsrede entscheidet die Rechtsredekommission für Handelserlaubnis. Die allgemeinen Vorschriften über das Verfahren vor dieser Kommission finden auf das Rechtsredeverfahren entsprechende Anwendung.

§ 3

Die im § 1 genannten Behörden sind auch zur Ausstellung der vorläufigen Ausweise für Angeleute und Beauftragte von Personen zuständig, die nach § 11 Abs. 1 der Verordnung vom 24. Juni 1916, in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. November 1921, zum Handel mit Kartoffeln befugt sind.

§ 4

Behufs Ausstellung eines vorläufigen Ausweises nach § 3 ist ein vorschriftsmäßiger polizeilicher Reisepaß mit Lichtbild des betreffenden Beauftragten oder Angestellten vorzulegen. Der Ausweis ist in den Reisepaß einzutragen oder diesem anzustempeln. Die zuständige Kommission für Handelserlaubnis kann Ausnahmen zulassen.

Der Ausweis muß Namen und Wohnort des Beauftragten, der Person, für die er tätig ist, und die Angabe enthalten, daß der Auftraggeber im Besitz der Handelserlaubnis nach § 1 der Verordnung vom 24. Juni 1916 ist. Für die dortige Zuständigkeit ist maßgebend die Niederlassung des Auftraggebers, auf dessen Auftrag der vorläufige Ausweis ausgestellt wird.

§ 5

Die vorläufigen Ausweise verlieren ihre Gültigkeit mit dem 20. Januar 1922.

Gegeben in der Versammlung des Senats, Hamburg, den 16. Dezember 1921.